



Gemeinde Pfinztal

Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 29.09.2020

| | |
|------------------------|--|
| Ort: | Hagwaldhalle, Industriestraße 2 c, 76327 Pfinztal (Kleinsteinbach) |
| Sitzungsbeginn: | Uhr |
| Sitzungsende: | Uhr |

Anwesende Personen

Vorsitzende:

Bodner, Nicola

Ordentliche Mitglieder:

Eisenbusch-Costerousse, Dagmar
Frensch, Kristin
Gegenheimer, Thomas
Gutgesell, Andreas
Herb, Artur
Hörter, Frank
Hruschka, Andreas
Kirchenbauer, Achim
Konstandin, Angelika
Lüthje-Lenhardt, Monika
Mohamed Fahir, Aisha
Möller, Eva
Rahn, Klaus-Helimar, Dr.
Reeb, Tilo
Rendes, Markus
Ringwald, Markus
Rothweiler, Edelbert
Rothweiler, Sonja
Schaier, Barbara
Schwarz, Simon - Teilnahme ab TOP 4 ö
Vogel, Roland, Dr.
Vortisch, Volker Hans

Schritfführer:

Härer, Roland

Verwaltung:

Kröner, Wolfgang
Pöschl, Marcus
Schönhaar, Tamara
Sturm, Thomas

Mitwirkende/ext. Org.:

Bauch, Michael - zu TO 4 ö (Radwegausbau
Wöschbacher Straße, OT Berghausen)

Ortsvorsteher:

Oberle, Gebhard



Nichtanwesende Personen

1. Ordnungsgemäße **Einladung** erfolgte am 21.09.2020.
2. Ortsübliche **Bekanntgabe** im öffentlichen Teil im Mitteilungsblatt der Gemeinde erfolgte am 24.09.2020.
3. **Beschlussfähigkeit** war gegeben, da mindestens 12 von 23 Mitgliedern anwesend waren.
4. Als **Urkundspersonen** wurden bestimmt:
Gemeinderätin Konstandin
Gemeinderat Hruschka



T A G E S O R D N U N G

1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner
2. Verbesserung BÜ der Stadtbahn beim Haltepunkt Hummelberg durch die AVG **BV/623/2020/2**
Kreuzungsvereinbarung nach §§ 3,13 EKrG
Beratung und Beschluss
3. Umsetzung Europäische Wasserrahmenrichtlinie **BV/616/2020**
 - Beseitigung der Pfinztaler Abwässer und deren Reinigung in der Kläranlage Berghausen
 - EU-weite Ausschreibung zum Einkauf der erforderlichen Ingenieurleistungen
 - Beratung und Beschlussfassung
4. Radwegausbau Wöschbacher Straße, OT Berghausen **BV/643/2020**
 - Straßen- und Wegebauarbeiten
 - Auftragsvergabe
 - Beratung und Beschlussfassung
5. Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit **BV/568/2020/1**
 - Beratung und Beschlussfassung
6. Mitteilungen der Bürgermeisterin
7. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium
8. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Bürgermeisterin Bodner gibt die Regularien für Wortmeldungen aus der Zuhörerschaft bekannt und will wissen, ob es Wortmeldungen gibt. Sie stellt fest, dass dies nicht der Fall ist.

2. Verbesserung BÜ der Stadtbahn beim Haltepunkt Hummelberg durch die AVG Kreuzungsvereinbarung nach §§ 3,13 EKrG Beratung und Beschluss

Bürgermeisterin Bodner teilt mit, diese Sache sei im Verwaltungs- und Finanzausschuss ausführlich beraten worden. Der Sachverhalt sei aus der Vorlage ersichtlich. Sie bittet Herrn Sturm um weitere Erläuterungen.

Herr Sturm informiert, aus Gründen der Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur besseren Abwicklung des Verkehrs sei es erforderlich, die Fahrbahn der Joseph-von-Fraunhofer-Straße im Bereich der eingleisigen Eisenbahnstrecke der Kraichgaubahn aufzuweiten und eine eigene befestigte Fußwegquerung herzustellen. Parallel dazu sei auch die Sicherungstechnik am Bahnübergang zu erneuern. Beteiligte an dieser Maßnahme seien nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz die Gemeinde Pfinztal und die Albtal-Verkehrs-Gesellschaft. Die Gesamtkosten der Baumaßnahme würden bei rund 621.000 € liegen, die Gemeinde habe davon ein Drittel zu tragen. Für dieses Drittel könne die Gemeinde einen GVFG-Zuschuss erwarten. In der Ausschusssitzung sei die Planung von einem Vertreter der AVG ausführlich erläutert worden. Die Verwaltung empfehle die Zustimmung zur Unterzeichnung der Kreuzungsvereinbarung.

Gemeinderat Kirchenbauer macht deutlich, es gehe bei dieser Maßnahme um zwei Dinge. Erstens sei dies die Erneuerung der Sicherungstechnik am Bahnübergang und zweitens um die Aufweitung der Fahrbahn im Bereich des Bahnübergangs, um die bestehende Problematik der Enge zu beseitigen. Der größere Teil der Bahnübergangsverbesserung stehe mit der geplanten Gradientenanpassung auf der Südseite noch aus. Diese Maßnahme werde erst im Zusammenhang mit dem Neubau der B 293-Ortsumgehung durchgeführt. Schauen Sie sich die Kostenaufstellung an, erkenne man, dass etwa 350.000 € in die Erneuerung der Sicherungstechnik investiert werden. Er weist darauf hin, dass die Verwaltungsvorlage in einem Punkt nicht korrekt ist. Die Gemeinde werde nämlich nicht nur 50 % Zuschuss aus GVFG-Mitteln erhalten, sondern tatsächlich 75 %. Die Erträge der Gemeinde würden demnach bei rund 155.000 € liegen und habe lediglich noch rund 50.000 € aus der eigenen Kasse zu bezahlen. Dem Gremium teilt er mit, dass die CDU-Fraktion dem Abschluss der Kreuzungsvereinbarung zustimmen wird.

Gemeinderätin Lühje-Lenhardt lässt wissen, dass die Fraktion der Grünen ebenfalls der Maßnahme zustimmt. Man halte es für fahrlässig, den Gemeindeanteil angesichts der Vorteile für die Gemeinde nicht aufzubringen.

Gemeinderat Vortisch meint, gefühlt handle es sich bereits um die zehnte Ertüchtigung des Bahnübergangs, die leider sicherlich auch nicht die letzte sein werde. Man sei in seiner Fraktion auf jeden Fall froh, dass eine Verbesserung vorgenommen wird, denn der vorhandene Gehweg ende beispielsweise im Nirwana. Die Maßnahme halte man für dringend notwendig, weshalb man der Vertragsunterzeichnung zustimme.

Gemeinderätin Möller signalisiert auch die Zustimmung der ULiP. Wichtig sei ihrer Fraktion,



dass der Bau eines zweiten Gleises in der Planung berücksichtigt wird.

Bürgermeisterin Bodner leitet die Beschlussfassung mit folgender Abstimmungsfrage ein:
„**Wer stimmt dem Abschluss der vorgelegten Kreuzungsvereinbarung mit der Albtal-Verkehrs-Gesellschaft zu?**“

Abstimmung: Einstimmige Zustimmung

- 3. Umsetzung Europäische Wasserrahmenrichtlinie**
- **Beseitigung der Pfinztaler Abwässer und deren Reinigung in der Kläranlage Berghausen**
 - **EU-weite Ausschreibung zum Einkauf der erforderlichen Ingenieurleistungen**
 - **Beratung und Beschlussfassung**

Bürgermeisterin Bodner verweist auf die Verwaltungsvorlage und will wissen, ob Bedarf für einen Fachvortrag besteht. Sie stellt fest, dass dies nicht der Fall ist. Die Vorlage hat folgenden Inhalt:

Die Kläranlage in Berghausen wurde zuletzt Ende der 1990iger Jahre saniert. Nunmehr stünden weitere Sanierungsmaßnahmen in erheblichem Umfang an. Daneben muss auch die Leistungsfähigkeit der Kläranlage erhöht werden. Insbesondere ist die Anlagentechnik so zu ergänzen, dass im Abwasser befindliches Phosphat (bei Bedarf) entfernt werden kann.

Der Gemeinderat hat am 26.03.2019 den Grundsatzbeschluss gefasst, die Ertüchtigung der Kläranlage (Sanierung Bestand und Erweiterung der Reinigungsanlage zur P-Elimination) vorzunehmen. – Nachfolgend geführte Gespräche mit dem Landratsamt Karlsruhe lassen erwarten, dass für die rd. 13,5 Mio. € teure Maßnahme ein Zuschuss von rd. 1,64 Mio. € möglich ist.

Gemäß öffentlichem Vergaberecht sind gleichartige Ingenieur- und Architektenleistungen mit Honorarkosten > 214.000 € (netto) EU-weit auszuschreiben. Das dazu notwendige Verfahren, welches dann zur Beauftragung des ausgewählten Ingenieurbüros führt, würde die Verwaltung nun angehen wollen. – Da unsere Kläranlage schon länger den vorgegebenen Standards hinterherhinkt, sind wir verpflichtet, die Ausschreibung der Ingenieurleistungen und den Bau der notwendigen Reinigungsanlagen ohne Zeitverzüge anzugehen.

Für die Maßnahme sind im HH-Plan 2020 150.000 € eingestellt (Seite 505 HH-Plan). – Die Verwaltung wird sich für die Durchführung des Vergabeverfahrens Dritteleistungen bedienen. Der aktuelle HH-Ansatz ist (mehr als) ausreichend.

Der Vollständigkeit halber soll noch festgehalten werden, dass auch unter Berücksichtigung der Zuschusssituation – bei den angenommenen Kosten – die Erweiterung der Kläranlage die günstigste Lösung darstellt. – Sie ist auch diejenige Variante, die im Hinblick auf die Kostenkalkulation als die sicherste erscheint.

Gemeinderat Kirchenbauer meldet sich zu Wort und trägt vor, mit der heutigen Beratung bringe man ein ganz großes Projekt zum Laufen. Die Notwendigkeit zur Sanierung sei bekannt, im Vorfeld sei geprüft worden, welche alternativen Möglichkeiten bestehen. Mit der Verwaltung sei man in einem intensiven Dialog gewesen. Ergebnis der gesamten Vorgespräche und Prüfungen sei die Tatsache, dass nur die beschriebene Lösung verbleibt und ein Anschluss der Pfinztaler Abwässer an das Abwassersystem der Stadt nicht in Frage kommt. Sanierungskosten in Höhe von 13,5 Mio. Euro seien viel Geld. Wenn man aber in Betracht ziehe, dass die Kosten über einen Zeitraum von 40 Jahren abgeschrieben werden, dann falle pro Jahr lediglich ein kleiner Betrag ins Gewicht. Er verweist darauf, dass die staatlichen Zuschüsse beim ÖPNV bis zu 75 % betragen, bei Sanierungen im Abwasserbereich erhalte man dagegen lediglich 12 % Zuschuss. Das Wasser sei ein genauso wichtiges Gut, Sanie-



rungsleistungen sollten entsprechend besser bezuschusst werden. Aus seiner Sicht stimmt das Verhältnis nicht. Insgesamt halte die CDU-Fraktion die Sanierung für erforderlich und stimme der Vergabe zu.

Frau Schönhaar informiert, in enger Abstimmung mit dem Landratsamt seien die Maßnahmen abgestimmt worden. Im Blick auf die Förderquote verweise der Gesetzgeber allerdings auf weitere Steuerungsmöglichkeiten der Gemeinde, beispielsweise das Instrument der Gebührenanpassung.

Gemeinderätin Eisenbusch meint, die unterschiedlichen Fördersätze seien auch der Kritikpunkt ihrer Fraktion gewesen. Die Abwasserreinigung sei eine Aufgabe der Daseinsvorsorge, wozu die Gemeinden verpflichtet seien. Durch die immer höheren Anforderungen und die Notwendigkeit zu Verbesserungen im Klärwerk müsse man die Bürger finanziell mit etwas belasten, das die Gemeinde nicht verschuldet habe. Man würde sich deshalb wünschen, dass das Land den Gemeinden stärker unter die Arme greift. Wenn die Gemeinde gezwungen sei, die Abwassergebühren etwa um 40 bis 50 Cent anzuheben, werde das einen Aufschrei in der Bevölkerung geben. Sie halte es deshalb für nicht in Ordnung, wenn die Kommunen bei dieser Aufgabe nicht unterstützt werden. Die spezielle Maßnahme sei auf jeden Fall gut und richtig. Angesichts der Bausumme frage sie sich allerdings, ob es für die Zukunft sinnvoller wäre, solche Aufgaben Zug um Zug abzarbeiten, sodass nicht solche wahnsinnigen Beträge auf einmal zusammenkommen. Sie stellt die Frage, ob es möglich gewesen wäre, etwa alle zehn Jahre Investitionen in die Kläranlage vorzunehmen und dadurch die Maßnahmenliste langsam abzarbeiten.

Bürgermeisterin Bodner erklärt, es habe zurückliegend immer Sanierungsmaßnahmen gegeben. Mittlerweile sei die Anlage allerdings an ihrer Kapazitätsgrenze angelangt, was Grund für einen größeren Eingriff sei.

Frau Schönhaar berichtet, nach einem Bericht in den BNN hätten andere Kommunen wie Linkenheim-Hochstetten ähnliche Probleme.

Gemeinderat Rothweiler erklärt, die europäische Wasserrahmenrichtlinie sei etwas, das man nicht verdammen müsse. Es sei gut, dass es immer wieder neue Anforderungen an ein Klärwerk gebe. Die Frage nach der Bezuschussung sei inzwischen ausreichend behandelt. An der Tatsache, dass inzwischen die Kapazität des Klärwerks nicht mehr ausreicht, sei die Gemeinde selber schuld, weil man selber beschlossen hat, noch mehr Einwohner haben zu wollen. Die Alternative dazu sei, auf ein weiteres Einwohnerwachstum zu verzichten. Die Fraktion der Grünen stimme selbstverständlich der Ausschreibung zu. Wie genau die Technik der Zukunft aussehen muss, werde man im weiteren Verfahren noch sehen.

Bürgermeisterin Bodner stellt die Beschlussempfehlung der Verwaltung danach zur Abstimmung. Der Gemeinderat fasst folgenden **einstimmigen Beschluss**:

Der Inhalt der Vorlage wird zur Kenntnis genommen und der EU-weiten Vergabe von Ingenieurleistungen nach den Bestimmungen der Vergabeverordnung zugestimmt. Der Wettbewerb soll umgehend durchgeführt werden.

4. **Radwegausbau Wöschbacher Straße, OT Berghausen**
 - Straßen- und Wegebauarbeiten
 - Auftragsvergabe
 - Beratung und Beschlussfassung

Bürgermeisterin Bodner begrüßt Herrn Bauch vom planenden Ingenieurbüro und Herrn



Pöschl aus der Bauverwaltung. Sie verweist auf die Darlegungen in der Verwaltungsvorlage und die Tatsache, dass seit langem die Absicht besteht, die unbefriedigende Verkehrssituation für die nicht motorisierten Verkehrsteilnehmer in der Wöschbacher Straße zu verbessern. Weil nach Durchführung eines Vergabewettbewerbs die Umsetzung im Jahr 2018 an den überkauerten Kosten scheiterte, habe der Gemeinderat die Ausschreibung aufgehoben. Das Ergebnis einer in diesem Jahr durchgeführten Ausschreibung lege die Verwaltung dem Gemeinderat nun vor mit der Bitte, die Beauftragung des günstigsten Anbieters vornehmen zu können.

Herr Pöschl erläutert die bestehende Situation in der Wöschbacher Straße. Es handle sich seit langem um eine ungeordnete und schlechte Verkehrssituation für die Verkehrsbeteiligten, die viele Konfliktpunkte berge. Vor diesem Hintergrund habe man bereits früh ein Verkehrskonzept erarbeitet, auf dessen Grundlage 2018 eine Ausschreibung durchgeführt wurde. Weil es sich um ein überkauertes Submissionsergebnis gehandelt hat, habe man die Ausschreibung aufgehoben. Zwischenzeitlich sei eine provisorische Fahrbahndecke eingebaut worden in dem Wissen, dass eine Fahrbahndeckensanierung kommen und der Ausbau eines Radweges vorgesehen wird. Leider sei erst im Juli ein positiver Fördermittelbescheid bei der Gemeinde eingegangen. Direkt danach habe die Verwaltung die öffentliche Ausschreibung mit einer ordentlichen Resonanz an Angeboten durchgeführt. Der Verwaltung lägen acht Angebote vor, das günstigste Angebot schließe mit einem Angebotspreis von 775.160,67 € ab.

Herr Bauch erläutert, sein Ingenieurbüro habe bereits den Ausbau der Wöschbacher Straße betreut. Es habe sich um eine schwierige Baustelle gehandelt, die eingerichtete Umleitungsstrecke habe trotzdem funktioniert. Dem Gremium erläutert er die Ausbauplanung in dem Bereich der Wöschbacher Straße zwischen der Breitenfeldstraße und der Brunnenstraße. Eine Bestandserhebung habe ergeben, dass pro Tag bis zu 1.000 Radfahrer diesen Straßenabschnitt passieren. Es handle sich deshalb insbesondere in den Zufahrtsbereichen zu den Märkten um einen Unfallschwerpunkt. Insgesamt verzeichne die Straße eine hohe Verkehrsbelastung mit einem zusätzlichen Schulbusverkehr. Die Breitenverhältnisse aller Verkehrsflächen seien sehr ungünstig und für keinen Verkehrsteilnehmer perfekt. Primäres Ausbauziel sei der Lückenschluss der Radwegverbindung, denn genau dies sei für eine Bezu- schussung der Maßnahme ausschlaggebend. Geplant sein ein kombinierter Geh- und Radweg mit Anpassung der Gehwegbreite. Ziel der Planung sei es, bestmögliche Zugänglichkeiten zu den Märkten, zum Ärztezentrum und zu den sonstigen Bereichen zu erreichen und eine behindertengerechte Straßenüberquerung zu ermöglichen. Die Realisierung der Planung könne nur in Bauabschnitten erfolgen. Die Straßenausbaubreite liege bei 7,50 m. Bestandteil der Maßnahme sei auch der Umbau der Bushaltestelle mit Buswendeschleife, um eine Barrierefreiheit zu erreichen. Die Planung stellt er anhand eines Ausbauplans dem Gremium im Detail vor. Ein kritischer Bereich sei bei der Buswendeschleife vorhanden, wo ein kombinierter Geh- und Radweg weitergeführt und auf einen Fahrradschutzstreifen geleitet werden muss. Ziel sei es, konkrete Radfahrbeziehungen zu schaffen, zu der auch eine gezielte Querung der Wöschbacher Straße gehöre. Diesen Überweg müsse man komplett neu ausbauen. Um einen zweiten kritischen Punkt handle es sich im Bereich der Zufahrt zum Aldi. Um die dortige Situation zu verbessern, seien Garagen umgebaut worden. Die Fußgängerquerung werde man verlegen und eine behindertengerechte Rampe bauen. Weil die Firma Aldi kooperativ gewesen sei könne man in diesem Bereich auf eine Ampelanlage verzichten.

Gemeinderat Ringwald stellt die Frage, ob trotzdem eine Ampel an dieser Stelle zur Erhöhung der Verkehrssicherheit vorgesehen werden kann.

Herr Bauch macht deutlich, es handle sich bei der Wöschbacher Straße um eine Kreisstraße in der Zuständigkeit des Landkreises. Weil es bereits bei der Buswendeschleife eine Ampel



gebe gehe er davon aus, dass eine zweite Ampel wegen der kurzen Entfernung zur Ampel an der Buswendeschleife nicht genehmigt würde. An dieser Stelle sei vom Landratsamt bereits ein Zebrastreifen abgelehnt worden. Die Problematik bestehe darin, dass es auf kurzer Strecke einfach zu viele Ein- und Ausfahrten gibt. Weil man im Bereich der Einfahrt zur Firma Mall/Herlan den Schutzstreifen nicht verbreitern könne bestehe die Absicht, diesen Straßenbereich als „Tempo 30-Zone“ auszubilden.

Zum Straßenbau sei zu sagen, dass es eine komplett neue Fahrbahndecke einschließlich des Unterbaus geben wird. Ein Baubeginn sei voraussichtlich Ende Oktober möglich, wobei von einer Bauzeit von ca. sechs Monaten auszugehen ist. Es würden relativ kurze Bauabschnitte gebildet, um bei Bedarf jederzeit die Baustelle unterbrechen zu können. Unausweichlich sei die Anordnung einer Vollsperrung zum Ende der Baumaßnahme, um die Fahrbahndecke einbringen zu können. Das Vergabeergebnis bezeichnet er als sehr positiv, weil das günstigste Angebot unter der Kostenberechnung liegt. Dieses Angebot komme von der Firma Greulich & Co. In der derzeitigen Bauphase sei dies ein überaus positives Ergebnis. Eine Überprüfung dieser Firma habe ergeben, dass es sich um ein zertifiziertes Unternehmen mit ausreichender Qualifizierung handelt. Die vorgelegte DVGW-Bescheinigung erhalte man nicht ohne Grund. Weil gegen die Firma nichts Nachteiliges vorliege empfehle man die Auftragsvergabe an diese Firma.

Gemeinderat Ringwald bedankt sich für die ausführlichen Informationen. Aus seiner Sicht als Anlieger werde es Zeit, dass die Sanierungsmaßnahmen beginnen. Er geht nochmals auf seinen Vorschlag zur Installation einer Ampel bei der Firma Aldi ein und meint, ohne die Ampel werde man an dieser Stelle einen neuen Unfallschwerpunkt erzeugen.

Herr Bauch weist darauf hin, dass derzeit die Radfahrer die Zufahrten zu den Märkten passieren, ohne auf den Verkehr zu schauen. Dabei würde auch der Gehweg benutzt und mit den Fußgängern ins Gehege gekommen. Dieser Bereich sei Gegenstand intensiver Diskussionen mit dem Landratsamt gewesen, bei der vorgelegten Lösung handle es sich um die einzige, die eine Verbesserung erzielt.

Gemeinderat Ringwald meint, er nehme dies zur Kenntnis. Wissen will er allerdings, ob eine Ampel eher möglich wird, wenn sich die Straße im Gemeindebesitz befindet.

Herr Bauch macht deutlich, dass auch in diesem Fall die gleichen Vorschriften gelten. In einem kurzen Bereich befänden sich hier drei Zufahrten zu den Märkten. Man werde es nicht schaffen, hier eine Ampel installieren zu können. Er sei der Meinung, dass ein Zebrastreifen auch nicht weiterhelfen wird. Jeder Fußgänger, der die Straße überqueren will, habe die Pflicht zu schauen, dass kein Auto naht. Mit der vorliegenden Lösung schaffe man es auf jeden Fall, dass sich Fußgänger und Radfahrer sicher aufstellen können, bevor sie die Straße überqueren.

Gemeinderat Ringwald sieht vor diesem Hintergrund die Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 Km/h als möglichen nächsten Schritt. Er verweist darauf, dass die Anwohner bei der Realisierung des ersten Abschnitts gut informiert wurden, was er sich auch für die neue Baustelle erhoffe.

Herr Pöschl sagt dies zu. Gemeinsam werde man mit der Baufirma die Maßnahmen planen und die Bevölkerung über das Amtsblatt und die Homepage der Gemeinde informieren.

Herr Bauch ergänzt, bevor es zu Beeinträchtigungen der Bevölkerung kommt werde man die Bevölkerung informieren.

Gemeinderat Schwarz nimmt ab diesem Zeitpunkt an der Sitzung teil.



Gemeinderätin Eisenbusch zeigt sich froh, dass die Baumaßnahme endlich beginnt, weil bereits eine lange Zeit des Wartens vergangen sei. Die Planung könne man durchaus auch kritisch sehen, weil die Querung der Straße durch Fußgänger und Radfahrer Risiken birgt. Sie sei sich deshalb nicht sicher, ob es am Ende noch Nachbesserungen geben muss. Zunächst gelte es aber, die ausgearbeitete Planung umzusetzen und zu schauen, ob sie funktioniert. Die Problematik wäre ihres Erachtens nicht so groß, wenn im dortigen Bereich eine Tempo-30-Zone eingerichtet wäre. Sie macht darauf aufmerksam, dass der Radweg bei der Brunnenstraße enden wird. Danach gebe es ein schwieriges Straßenstück, das immer mit Fahrzeugen zugestellt ist. Manche Fahrzeuge würden vollständig auf der Straße abgestellt, andere wiederum zum Teil auf dem Gehweg. Insgesamt handle es sich um eine unübersichtliche Situation. Sie habe die Hoffnung, dass es in diesem Bereich noch Verbesserungsmöglichkeiten geben wird. Als positiv bezeichnet sie die Tatsache, dass die Bushaltestellen barrierefrei ausgebildet werden. Dies sei eine sehr gute Verbesserung vor allem für ältere Menschen, die zum Einkaufen fahren. Weil man auch mit der finanziellen Entwicklung im Blick auf die Vergabesumme zufrieden sei, könne sie die Zustimmung der SPD-Fraktion signalisieren.

Gemeinderat Rothweiler will wissen, wie weit die Geschwindigkeitsbegrenzung ab der Einmündung der Breitenfeldstraße verlaufen soll.

Herr Bauch antwortet, die Geschwindigkeitsbegrenzung sei begrenzt auf das Teilstück von der Einfahrt zum Aldi bis zur Brunnenstraße. Wegen der Enge der Straße sei dies eine zulässige Maßnahme.

Gemeinderat Rothweiler teilt mit, von den Anwohnern am Ortseingang aus Richtung Wöschbach gebe es immer wieder Beschwerden, dass mit überhöhten Geschwindigkeiten in den Ort gefahren wird. Manche Autofahrer seien tatsächlich unbelehrbar. Er könne heute mitteilen, dass die Fraktion der Grünen und die Vertreterin der Linken der Auftragsvergabe zustimmen werden. Man habe die Hoffnung, dass die Bauzeit eingehalten werden kann.

Bürgermeisterin Bodner stellt danach die Beschlussempfehlung der Verwaltung mit folgender Frage zur Abstimmung: „**Wer stimmt der Auftragsvergabe für den Radwegausbau in der Wöschbacher Straße an die Firma Greulich & Co. GmbH zum Angebotspreis von 775.160,67 € zu?**“

Abstimmung: **Einstimmige Zustimmung**

5. Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit - Beratung und Beschlussfassung

Bürgermeisterin Bodner informiert in ihrer Einführung zum Sachverhalt, dass ehrenamtlich Tätige in kommunalen Angelegenheiten nach der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg Anspruch auf eine Entschädigung haben. Geregelt sei dies detailliert in der Satzung der Gemeinde Pfinztal über die Entschädigung für ehrenamtlich Tätige. Letztmals seien die darin festgelegten Beträge im Jahr 2011 angepasst worden. Die Verwaltung habe dem Gemeinderat nun eine neu angepasste Satzung mit angehobenen Entschädigungssätzen vorgelegt. In der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses sei die neue Satzung intensiv diskutiert worden, das Gremium habe Anregungen zu Änderungen gemacht. Sie bittet Herrn Kröner um weitere Erläuterungen.

Herr Kröner verweist auf eine Tischvorlage mit den im Verwaltungs- und Finanzausschuss beschlossenen Änderungswünschen. Dies sei mit 8 : 4 Stimmen beschlossen worden. In dieser Sitzung sei angeregt worden, eine dynamische Anpassung der Entschädigungen vor-



zusehen, was allerdings mit einer Satzung nicht verwirklichtbar sei. Eine gute Idee habe die Stadt Karlsruhe entwickelt, nämlich immer zur Mitte der Amtsperiode die Entschädigungssätze an die Tarifierhöhung anzupassen. In diese Richtung könnte auch die Gemeinde Pfinztal gehen. Weiter sei die Frage gestellt worden, was eine Pauschale ist. Dabei handle es sich um eine Entschädigung für den Verdienstausfall und für Auslagen. Die Verwaltung habe auch mehrmals und länger mit dem Landratsamt die Änderungen besprochen und bitte nun um Zustimmung zur vorgelegten Satzung.

Gemeinderätin Möller teilt mit, die ULiP finde die Erhöhung der Entschädigungen für unnötig, man werde dem Verwaltungsvorschlag nicht zustimmen. Hinsichtlich der Arbeitskreise habe sie die Diskussion und das Ergebnis der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses so verstanden, dass § 1 der Satzung mit Entschädigungen nach Durchschnittssätzen keine Anwendung für Mitglieder von Arbeitskreisen und Komitees finden soll.

Herr Kröner erklärt, diese Änderung habe man noch nachzuholen.

Gemeinderätin Konstandin trägt für die SPD-Fraktion folgendes vor: Deutschland befindet sich in der größten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit. Viele Bürgerinnen und Bürger wissen noch nicht, ob sie nächstes Jahr noch eine Arbeitsstelle haben oder ob sie ihren Betrieb weiter aufrechterhalten können. Auch unsere Vereine sind von der Corona-Krise stark gebeutelt. Notwendige Einnahmen durch Konzerte, Feste etc. fallen in diesem Jahr komplett weg. Nicht zuletzt ist auch die Gemeinde Pfinztal finanziell von der Krise betroffen. Zwar hat der Bund den Ausgleich der weggefallenen Gewerbesteuererinnahmen zugesagt, andere Einnahmen wie Einkommenssteuerzuweisungen etc. werden – in welchem Ausmaß auch immer – im nächsten Jahr geringer ausfallen. Der Haushalt 2021, über den wir demnächst beraten werden, wird sich neben den Pflichtaufgaben notgedrungen auf nur wenige Freiwilligenleistungen beschränken müssen.

In dieser für alle schwierigen Situation die Aufwandsentschädigungen der Gemeinde- und Ortschaftsräte zu erhöhen, halten wir für den absolut falschen Zeitpunkt. Dass in anderen Gemeinden im Umkreis höhere Aufwandsentschädigungen festgelegt sind, kann kein Argument sein, denn in diesem Punkt ist jede Gemeinde für sich autark.

Es gibt übrigens Vereine, die sich scheuen, eine vor Corona beschlossene Erhöhung der Mitgliedbeiträge für das Jahr 2021 umzusetzen.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollte unser Vorbild sein. Wir, die SPD-Fraktion, lehnen den Antrag daher ab.

Gemeinderat Hruschka lässt das Gremium wissen, er sei in Zeiten einer Pandemie gegen die Erhöhung der Entschädigungssätze. Viele Mitbürger seien in Kurzarbeit oder von Arbeitslosigkeit bedroht. Vor diesem Hintergrund werde eine Anhebung der Entschädigungssätze bei der Bevölkerung nicht gut ankommen und auf Kritik stoßen. Diese Meinung habe er bereits vor zwei Jahren in seiner damaligen Haushaltsrede vertreten. Auch wenn man eine Erhöhung für angebracht halten könnte, sollte man ein Zeichen setzen, denn beispielsweise Ehrenamtliche in Vereinen würden mit keinem Cent entlohnt. Auch diese Mitbürger würden viel Zeit investieren. Er persönlich engagiere sich im Gemeinderat um etwas zu bewegen und nicht wegen der Finanzen.

Gemeinderat Dr. Vogel teilt für die CDU-Fraktion mit, dass man dem Verwaltungsvorschlag zustimmen wird. Man sei der Auffassung, dass es nach vielen Jahren tatsächlich an der Zeit ist, eine Anpassung vorzunehmen. Bereits 2017 sei dies Thema im Gemeinderat gewesen, allerdings ohne eine Entscheidung. Seiner Meinung nach werde es nie einen richtigen oder falschen Zeitpunkt für eine solche Entscheidung geben. Bereits in der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses habe er darauf hingewiesen, dass auch der Kreistag und andere Kommunen eine Anpassung des Sitzungsgeldes vorgenommen haben. In einem BNN-Interview habe die Bundestagsabgeordnete Katzmarek geäußert, dass die politische Arbeit



Zeit und Geld kostet. Wenn also die Entschädigungsbeträge nicht stimmen, könnte dies eine Barriere für künftige Politiker sein. Feststellen müsse man auch, dass man sich mit einer kommunalpolitischen Tätigkeit keine goldene Nase verdienen kann. Viele erforderliche Zeitstunden lägen außerhalb der eigentlichen Sitzungstätigkeit. Er verweist darauf, dass die Gewerkschaft verdi momentan eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 4,8 % fordert. Auch vor diesem Hintergrund sei seine Fraktion mit dem Verwaltungsvorschlag einverstanden.

Gemeinderat Schwarz trägt folgendes vor: Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute stehen wir vor einer undankbaren Aufgabe. Wir müssen selbst darüber entscheiden, wie unser Aufwand entschädigt werden soll. Das kann am Stammtisch oder auf Facebook erst einmal ein unschönes Bild abgeben. Aber nach zehn Jahren ist es nicht legitim, nein es ist dringend notwendig, über eine zeitgemäße Anpassung der Entschädigung zu sprechen. Ich versichere aber auch, die Bürger verstehen dies, wenn sachliche Gründe vorliegen und diese auch so kommuniziert werden.

Aber warum ist es notwendig über eine zeitgemäße Anpassung der Aufwandsentschädigung zu diskutieren und abzustimmen? Es handelt sich doch um ein Ehrenamt, bedarf es da überhaupt einer Entschädigung des Aufwandes? Hierfür gibt es gute, logische Gründe. Denn es gibt Unterschiede im Ehrenamt – es gibt das freiwillige Ehrenamt, zum Beispiel der Vorstand im Verein und das verpflichtende Ehrenamt, zum Beispiel im Gemeinderat.

Wir sind alle freiwillig zur Wahl angetreten, wir haben uns aber verpflichtet, das Amt auch ordnungsgemäß auszuüben. Wir haben ausreichend Kandidaten gefunden, um eine ordentliche Wahl durchführen zu können – das freut mich, das ist aber nicht selbstverständlich.

Nun ein Gedankenexperiment: Was passiert in einem Verein, wenn sich niemand zur Wahl der Vorstandschaft stellt? Dann muss in letzter Konsequenz der Verein aufgelöst werden – unschön aber denkbar. Aber was passiert, wenn sich in einer Gemeinde niemand bei der Kommunalwahl aufstellen lässt? Kann man eine Gemeinde auch auflösen? Nein, und deswegen sieht die Gemeindeordnung vor, dass im Zweifel entsprechend Personen für das Ehrenamt bestellt werden können. Und diese haben dann nicht die Wahl, sondern die Pflicht, das Ehrenamt ordentlich auszuüben. Dies ist ein Unterschied in der Art des Ehrenamts.

Der für mich entscheidende Punkt ist aber ein anderer. Für jeden und jede, die nicht auf eine Aufwandsentschädigung angewiesen sind, stellt es vielleicht eine nette Geste dar, etwas Verzichtbares. Aber für jeden und jede, die das Geld zweimal umdrehen müssen, denken wir an Studierende, Arbeitssuchende, Rentenempfänger, aber auch Arbeitende in Kurzarbeit, ist es mitunter die einzige Möglichkeit, sich für ein politisches Amt zu entscheiden und damit ist die Aufwandsentschädigung ein Beitrag zum Erhalt von Chancengleichheit und Demokratie. Wer gegen eine zeitgerechte Anpassung der Aufwandsentschädigung stimmt, erhöht die Hürden für eine Teilhabe an der Politik und dies insbesondere für schon jetzt unterrepräsentierte Bevölkerungsteile – und das aus politischem Kalkül und nicht aus einer Abwägung der Faktenlage. Die Faktenlage zeigt nämlich, wir diskutieren heute über eine Anpassung im Promillebereich des Gemeindehaushalts. Von 1.000 € Etat erhält der gesamte Gemeinderat zusammen rund 1,20 € als Aufwandsentschädigung. Dies ist weit entfernt vom Vorwurf einer Bereicherung. Die Frage, ob wir das Geld nicht sinnvoller einsetzen können, verneine ich – die Förderung von Chancengleichheit und politischer Teilhabe ist ein sehr guter Grund, gerade in schwierigen Zeiten.

Trotzdem bleibt der fade Beigeschmack, dass zunächst wir selbst Profiteure der Anpassung sind – dies ist aber das Dilemma des Prozesses. Ich plädiere daher dafür, eine Routine zu implementieren, eine Regelmäßigkeit. Wir sollten alle zwei Jahre, unabhängig der Umstände, über eine zeitgerechte Anpassung diskutieren, einfach damit das Thema nicht emotional aufgeladen und politisch benutzt wird. Aus diesen Gründen werden wir für eine zeitgemäße Anpassung der Aufwandsentschädigung stimmen.

Gemeinderätin Fahir merkt an, sie halte eine Anhebung zum Ende einer Wahlperiode für die bessere Lösung.



nicht möglich, man könne die Verantwortung nicht auf andere abwälzen. Sobald man in der Verwaltung die Möglichkeit sehe, werde man eine Lösung finden, um das Schwimmen zu ermöglichen.

Die Belegung der Pfinztaler Hallen stelle im Moment eine richtige Herausforderung dar. Die Verwaltung habe das Ziel, einen Ausgleich für diejenigen herzustellen, die unter den vermehrten Veranstaltungen der Gemeinde in den Hallen zu leiden haben. Konkret sei man mit den Kleinsteinbacher Vereinen im Gespräch, weil die Hagwaldhalle vermehrt gebraucht wird. Bei diesen Veranstaltungen der Gemeinde handle es sich allerdings um das Verrichten einer öffentlich notwendigen Tätigkeit. Für die Gremienarbeit brauche man adäquate Räumlichkeiten.

Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt bedankt sich für die erstellten Fahrradgaragen und die Fahrradabstellplätze an der S-Bahn-Haltestelle „Hummelberg“. Ein Dank gehe auch an die Verwaltung, weil am 01.10. in der Hagwaldhalle der Pfinztaler Kulturpreis vergeben werden kann. Ihr sei bekannt, dass in anderen Kommunen derzeit in den kommunalen Hallen nichts mehr läuft. Sie bedanke sich insbesondere für das Engagement und den Mut der Verwaltung. Von Müttern sei sie zur Situation in Spielplätzen angesprochen worden. In Berghausen gebe es beispielsweise Spielplätze, neben denen Glascontainer aufgestellt sind. Die Verantwortlichen sollten überlegen, ob die Glascontainer an eine andere Stelle versetzt werden könnten. Die Grünen würden sich außerdem verstärkt Wasserspiele und Sonnensegel auf Pfinztals Spielplätzen wünschen. Beim Spielplatz in der Breitenfeldstraße würde man es gut finden, wenn dieser zum Schutz der spielenden Kinder eingezäunt wäre.

Frau Schönhaar erklärt, die Anliegen seien notiert. Den Einbau eines standartmäßigen Sonnenschutzes auf Pfinztals Spielplätzen habe man bereits im Blick.

Gemeinderätin Möller spricht die Stadtmobilstellplätze in Berghausen an. Die Fahrzeuge von Stadtmobil würden normalerweise auf den öffentlichen Parkplätzen beim Bahnhof abgestellt. Nun gebe es aber immer wieder Probleme, in diesem Bereich freie Parkplätze zu finden, weshalb sich Nutzer auf die Suche nach den Fahrzeugen in der näheren Umgebung aufmachen müssten. Aus ihrer Sicht sollte überlegt werden, wie man beim Bahnhof für die zwei Fahrzeuge der Stadtmobil-Flotte Parkplätze reservieren kann.

Gemeinderat Rothweiler meint, er benötige die Hilfe der Bürgermeisterin bezüglich seines Terminkalenders. Denn nach einer Pressemitteilung soll am folgenden Tag das Planfeststellungsverfahren für die B 293-Ortsumgehung Berghausen beginnen, wovon er nichts wisse. Als Ortsvorsteher sei er außerdem nicht zu diesem Termin eingeladen. Er verweist darauf, dass am 1. August ein Durchfahrtsverbot für LKW über 7,5 to auf den Bundesstraßen B 10 und B 293 erlassen wurde. Ein sehr ärgerliches Ereignis sei die Fällung von Bäumen in der Schleichlingstraße durch die Gemeinde. Diese sollte eigentlich ein Vorbild für alle Bürger sein und entgegengesetzt handeln. Das Ziel der Gemeinde sollte es sein, dass in allen Straßen Bäume angepflanzt werden.

Frau Schönhaar informiert, die Bäume seien in der Kolpingstraße gefällt worden, weil durch deren Wurzelwerk ein Unfallschwerpunkt entstanden ist. Außerdem seien diese Bäume stark geschädigt gewesen, weshalb sie entfernt wurden. Sie teilt mit, dass auf jeden Fall eine Nachpflanzung erfolgen wird. Insofern sei alles rechtmäßig verlaufen.

Gemeinderätin Frensch bittet darum die Bevölkerung darüber zu informieren, warum sich momentan beim Bahnübergang Söllingen nichts tut.

Gemeinderätin Rothweiler stellt fest, nach einem Jahr als Gemeinderätin sei sie zu der Erkenntnis gelangt, dass man im Gremium die Kolleginnen meistens nicht ausreden lässt. Dies sollte sich ändern.



Gemeinderätin Schaier teilt mit, bereits im Technik- und Umweltausschuss habe sie auf die missliche Situation durch abgestellte Fahrzeuge in der Vordertalstraße aufmerksam gemacht. Bei einem Vor-Ort-Termin der Pfinztaler Vollzugsbediensteten am vergangenen Samstag seien diese von den Anwohnern darauf angesprochen und gebeten worden, in den Abendstunden Kontrollen vorzunehmen. Dies sei allerdings von den Vollzugsbediensteten abgelehnt worden.

Gemeinderat Dr. Vogel bezieht sich auf das verhängte Durchfahrtsverbot für LKW über 7,5 to auf der B 293 und will wissen, wer die Einhaltung dieses Verbotes künftig kontrollieren wird, damit sich etwas verändert.

Zur Baumfällung in der Kolpingstraße äußert sich **Gemeinderätin Eisenbusch**. Sie fände es hilfreich, wenn die Bevölkerung im Vorfeld über solche Maßnahmen durch das Amtsblatt informiert würde. Dadurch könnten sich viele Anfragen erledigen. In der heutigen Ausgabe der BNN sei im Übrigen ein sehr unsachlicher Bericht zum Thema „Bäume“ zu lesen gewesen.

Bürgermeisterin Bodner macht darauf aufmerksam, dass die Verwaltung bei Gefahr in Verzug schnell handeln muss, ansonsten nehme man die Anregung gerne an.

Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt berichtet von einer Information, dass die Gemeinde Pfinztal mit der Klimakommission Modellkommune beim Beteiligungskongress Baden-Württemberg werden kann.

Frau Schönhaar macht ergänzende Angaben und teilt mit, es gehe um den Beteiligungskongress Baden-Württemberg. Von der Energieagentur sei die Gemeinde mit der Klimakommission als Basisarbeit mit den Bürgern nominiert worden. Die Veranstaltung finde am 8. Oktober statt. Von Bürgermeisterin Bodner sei per Video hierzu eine Impulsbotschaft erstellt worden. Sie persönlich gehe davon aus, dass die Gemeinde auch im kommenden Jahr an diesem Kongress wieder teilnehmen wird.

8. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Stark spricht die beabsichtigte Verbesserung des Bahnübergangs „Hummelberg“ an und bittet darum, die Bevölkerung rechtzeitig vor dem Baubeginn zu informieren. Zu den Straßenbauarbeiten in der Wöschbacher Straße stellt er die Überlegung an, auf andere Weise als mit einer Beschilderung eine Reduzierung der gefahrenen Geschwindigkeit zu erreichen. Denn Schilder würden in Berghausen nichts bewirken.

Die Vorsitzende

Die Urkundspersonen

Der Schriftführer

Nicola Bodner
Bürgermeisterin

Gemeinderätin Konstandin

Roland Härer



Gemeinderat Hruschka